

Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* • Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

BI Keine Stadtautobahn, BI Rembertiring,
Interessenvereinigung freie Berufe und
Unternehmer/innen
c/o Günter Knebel
Ludwigsburger Str. 22
28215 Bremen

Karoline Linnert
Fraktionsvorsitzende
Schlachte 19/20
28195 Bremen
Telefon: 0421/30 11-0
Durchwahl: 0421/3011-232
Telefax: 0421/30 11-250
Karoline.Linnert@gruene-bremen.de
www.gruene-bremen.de

Bremen, 19. Juni 2007

Ihr Schreiben per Mail vom 18.6.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2007 haben wir Grünen nicht die absolute Mehrheit bekommen. Wenn wir an der Gestaltung der Regierungspolitik der nächsten 4 Jahre beteiligt sind, dann als (kleinerer) Partner einer Koalition mit der SPD, die in den letzten 12 Jahren in der großen Koalition regiert hat.

In den Verhandlungen zur Koalitionsvereinbarung konnten wir also nicht die reine grüne Lehre durchsetzen. Eine Voraussetzung für Koalitionsgespräche war es, nicht zusätzliche Kosten durch Abbruch begonnener Verfahren zu verursachen und Ausschreibungen zurückzuziehen.

Noch sind die Grünen nicht in der Regierung, bis zur Konstituierung voraussichtlich Ende Juni/Anfang Juli werden die Geschäfte des Bauressorts noch vom amtierenden CDU-Senator Neumeyer wahrgenommen.

Wir hatten in den letzten Jahren auf allen Ebenen (parlamentarisch, in den Beiräte, mit der EU-Beschwerde, bei Demonstrationen ...) dafür gekämpft, dass vor der Wahl keine Fakten geschaffen werden. Das ist uns gemeinsam mit Beiräten und Bürgerinitiativen nicht gelungen

Einigkeit besteht als Resultat der Koalitionsverhandlungen mit der SPD darüber, dass die Verkehrsmenge an der Stelle nicht erhöht werden darf und diese Koalition – nicht nur in der Schwachhauser Heerstraße – ein großes Gewicht auf die Einhaltung der EU-Richtlinien zu Luftreinhaltung und Lärmschutz legen wird. In diesem Zusammenhang ist die Einrichtung von Umweltzonen geplant (zu der die Schwachhauser Heerstraße gehören wird) und die Herausnahme aus dem LKW-Führungsnetz sowie ein Nachtfahrverbot.

Die angemahnte „Umkehr zugunsten einer menschen- und umweltgerechten Politik“ durchzieht den gesamten Koalitionsvertrag. Nachzulesen ist dies auf 128 Seiten, die wir unserem Schreiben beilegen.

In der Koalitionsvereinbarung steht nicht drin, ob die Straße durchgängig 5,50 m breit sein soll, sondern, dass es eine einstreifige Verkehrsführung geben wird.

Die getroffene Vereinbarung eröffnet dem Beirat Schwachhausen alle Möglichkeiten, auf die Ausgestaltung des Straßenabschnitts Einfluss zu nehmen. Dazu können weiterhin Vorschläge, Forderungen und Ideen eingebracht werden, um den für den Individualverkehr zur Verfügung stehenden Straßenraum zu reduzieren.

Es geht jetzt darum, weiterhin gemeinsam für die Umsetzung von Zielen zu arbeiten. Dies wird durch die pauschale Aburteilung der Grünen als Wahlbetrüger, Wortbrüchige, mit den Eigenschaften Unfähigkeit, Unwilligkeit, Verrat, Selbstverleugnung und Wählerverhöhnung nicht gerade ein leichter Einstieg.

Mit freundlichen Grüßen
und in der Hoffnung auf konstruktive weitere Zusammenarbeit



Hier seien nur zwei Zitate aus dem Koalitionsvertrag angeführt:

Weniger Lärm und geringere Luftbelastung

Zur Steigerung der Lebensqualität trägt der Schutz vor störendem Lärm und anderen Immissionen entscheidend bei.

Zur Verringerung der Lärmbelastung wollen wir Verkehrsbeeinflussungsanlagen Tempo steuernd und Lärm entlastend einsetzen.

Zur Umsetzung der europäischen Richtlinien zur Luftqualität werden wir ein möglichst wirksames und unbürokratisches Verfahren festlegen, das auch die Festsetzung von Umweltzonen beinhaltet. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um die europäischen Richtlinien zur Luftreinhaltung und zur Verringerung von Umgebungslärm umsetzen. Um die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen und insbesondere die Belastung durch Lärm und Feinstaub zu reduzieren, werden wir Konzepte für einen umweltfreundlichen Stadtraum erarbeiten. In diesem Kontext kommt der Verkehrsvermeidung in belasteten innerstädtischen Bereichen, der Förderung nachhaltiger Mobilität, der Förderung des Fuß- und Radverkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs eine bedeutende Rolle bei der Reduzierung von Fahrzeugemissionen zu. Hierzu gehört auch das CarSharing, dessen rechtliche Position modellhaft und politisch z.B. bei Rechtsetzungsverfahren unterstützt werden soll.

Öffentliche Einrichtungen und Gesellschaften sollen selbst verstärkt CarSharing nutzen. Der Anteil an Fahrzeugen mit umweltfreundlichen Antrieben – auch im Bestand öffentlicher Einrichtungen und des ÖPNV – soll deutlich erhöht werden.

(S. 30 – 31)

Im Rahmen des beschlossenen und zu realisierenden Ausbaus der Schwachhauser Heerstraße zwischen Graf-Moltke-Straße und Bismarckstraße wird vereinbart, es bei einer einstreifigen Verkehrsführung zu belassen. Der Straßenzug Kurfürstenallee bis Rembertikreisel wird dann aus dem LKW-Führungsnetz herausgenommen. In diesem Zusammenhang wird ein Konzept vorgelegt, wie die Nutzung durch den Schwerlastverkehr verhindert und ein entsprechendes Nachtfahrverbot durchgeführt werden kann, ohne dabei die Erreichbarkeit bzw. Belieferung der Innenstadt zu gefährden.

(S. 40)